

INFORMATION

zur Pressekonferenz mit

Markus ACHLEITNER

Wirtschafts- und Energie-Landesrat

Vorsitzender der Landesenergiereferenten-Konferenz

Leonore GEWESSLER

Bundesministerin für Energie und Klimaschutz

Dr. Magnus BRUNNER

Staatssekretär im Energie- und Klimaschutzministerium

am

Dienstag, 29. September 2020

zum Thema

Energie-Landesräte-Konferenz in OÖ setzt Zeichen:

So können Klima & Wirtschaft von der

Energiewende profitieren

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus ACHLEITNER:

Energie-Landesräte-Konferenz setzt Zeichen: So können Klima & Wirtschaft von der Energiewende profitieren

Zwei besondere Faktoren bestimmten die Tagung der Landesenergiereferentinnen und –referenten aller Bundesländer, die heute unter dem Vorsitz von Oberösterreich in Linz stattgefunden hat und an der auch die Bundesministerin für Energie und Klimaschutz, Leonore Gewessler, und der Staatssekretär im Bundesministerium für Energie und Klimaschutz, Dr. Magnus Brunner, teilgenommen haben:

- Die Bundesregierung hat sich mit der Klimaneutralität für Österreich bis zum Jahr 2040 ein besonders ambitioniertes Ziel gesetzt, denn auf EU-Ebene wird dieses Ziel erst bis zum Jahr 2050 angestrebt.
- Die Corona-Pandemie hat nicht nur eine globale Wirtschaftskrise ausgelöst, sondern auch die Problematik des Klimawandels in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund gerückt. Zugleich bieten die von der öffentlichen Hand auf den verschiedenen Ebenen geplanten oder bereits gestarteten Maßnahmen zur Wiederankurbelung der Konjunktur auch die Chance, die Ökologisierung der Wirtschaft sowie insbesondere die Energiewende voranzutreiben.

„Die Energie-Landesrätinnen und –Landesräte aller Bundesländer bekennen sich ganz klar zu den Klimazielen der Bundesregierung. Zugleich wurde aber auch klargestellt, dass die damit verbundene Energiewende nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich umgesetzt werden darf“, stellt Oberösterreichs Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner als Vorsitzender der Landesenergiereferenten-Konferenz in Linz fest.

„Oberösterreich ist als Wirtschafts- und Industriebundesland Nr. 1 auch ein besonders energieintensives Bundesland. Für uns liegt daher auf der Hand, dass es kein ‚entweder wirtschaftliches Wachstum, oder Klimaschutz‘ geben darf, sondern nur ein ‚sowohl, als auch‘. Wir dürfen bei der Energiewende nicht auf einem Auge blind sein, sondern müssen hier mit beiden Augen hinsehen: Die Transformation im Energie- und Mobilitätsbereich in Richtung erneuerbare Energieträger und E-Mobilität ist nicht nur Herausforderung, sondern auch eine Chance als Treiber für technologischen Fortschritt, für neue Marktchancen für Betriebe sowie für Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen“, hebt Landesrat Achleitner hervor. *„Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass die Vorgaben und Maßnahmen für den Klimaschutz die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe nicht gefährdet, zugleich sollten auch die Chancen genutzt werden, die sich aus der Ökologisierung und dem Klimaschutz ergeben. Das zeigt gerade Oberösterreich als Standort von vielen innovativen Unternehmen in den Bereichen Öko-Energie- und Öko-Technologie vor, die von Investitionen in die Energiewende und den Klimaschutz massiv profitieren können“,* so Wirtschafts- und Energie-Landesrat Achleitner weiters.

„Wir haben uns als Vorsitzführende dieser Landesenergiereferenten-Konferenz ganz bewusst dafür entschieden, die Tagung in der voestalpine als Österreichs Parade-Industrieunternehmen abzuhalten. Zugleich haben wir auch den Vorstandsvorsitzenden der voestalpine, Herbert Eibensteiner, eingeladen, am Beginn der Konferenz zur Umsetzung der Energiewende aus der Sicht der produzierenden Industrie Stellung zu nehmen“, erläutert Landesrat Achleitner.

Die voestalpine hat in den vergangenen zehn Jahren durch Investitionen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro ihre CO₂-Emissionen um 20 % reduzieren können. Eine Reduktion um ein weiteres Drittel wäre im Zeitraum von 2030 bis 2035 durch die Umstellung auf ein Hybrid-Stahlwerk und den Umstieg von drei mit Koks betriebenen Hochöfen auf Elektroöfen möglich. Seit Herbst vergangenen Jahres betreibt die voestalpine in ihrem Werk in Linz auch die weltweit größte Pilotanlage

zur Produktion von grünem Wasserstoff. Die Herausforderungen aus der Sicht des Konzern bestehen darin, dass zur konkreten Umsetzung die Preise für Ökostrom sinken und auch die entsprechenden Netzkapazitäten vorhanden sein müssen, um den benötigten Strom dorthin transportieren zu können, wo er benötigt wird.

„Oberösterreich hat sich in seiner Energiestrategie ‚Energieleitregion OÖ 2050‘ das klare Ziel gesetzt, zum Vorreiter der Energiewende zu werden. Dabei setzen wir auf Energieeffizienz und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger sowie Energieforschung. Zugleich muss aus unserer Sicht gewährleistet sein, dass die Umsetzung der Energiewende sozial und wirtschaftlich verträglich erfolgt. Diese Prämisse wird auch von den Energie-Landesrätinnen und –Landesräten der anderen Bundesländer mitgetragen“, unterstreicht Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner.

Im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele für Österreich unter Berücksichtigung dessen, dass dieser Weg nicht mit überbordenden Belastungen der Wirtschaft und Konsumenten verbunden sein, wurden im Rahmen der heutigen Landesenergiereferenten-Konferenz eine Reihe von Vorschlägen und Maßnahmen diskutiert und in konkrete Beschlüsse in Richtung Bundesregierung gegossen. Diese werden nachfolgend im Überblick dargestellt.

Landesenergiereferenten-Konferenz in Linz fordert konkrete Maßnahmen:

Wasserstoff-Manifest, Wärmestrategie & Wirtschaftsimpulse durch Energie-Innovationen

Investitionen in Energie-Innovationen als wichtige Impulse für die Wirtschaft:

Zur Bewältigung der Corona-Krise wurden und werden in Österreich auf Bundes- und Länderebene umfassende Maßnahmen zur Absicherung von Arbeitsplätzen und Betrieben sowie zur Ankurbelung von Investitionen und Konsum gesetzt. Das bietet die Gelegenheit, hier insbesondere Investitionen in Zukunftstechnologien, Infrastruktur und Klimaschutz zu fördern.

Durch Förderungen können zusätzliche Investitionen von Privatpersonen und Unternehmen in Bezug auf Klimarelevanz und Ökologisierung angeregt und gesteuert werden. Die Energiewende kann so ein zentraler Treiber der wirtschaftlichen Erholung und zugleich auch Grundlage für langfristigen Wohlstand sein. Zum Wiederankurbeln unserer Wirtschaft bedarf es einer zukunftsfähigen Wachstumsstrategie, die zu noch mehr Lebensqualität und einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft führt. Ein zentraler Lerneffekt aus dieser Krise ist auch, dass die Eigenversorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen gleichsam über Nacht von entscheidender Bedeutung sein kann. Eine nachhaltige und sichere Energieversorgung mit Strom und Wärme zählt zu den wesentlichen Säulen der Daseinsvorsorge.

Gerade in Österreich mit seiner starken Energietechnologie-Branche ist es wichtig, dass Unternehmen, Gemeinden und Privatpersonen, die sich bereits aktiv bei der Umsetzung der Energiewende engagieren, zu stärken und zu unterstützen und so

den notwendigen Strukturwandel hin zu einer zukunftsfähigen, CO₂-armen Wirtschaft voranzutreiben.

Teilweise sind jedoch rechtliche, technische oder organisatorische Rahmenbedingungen für die effiziente Umsetzung von klimarelevanten Investitionen in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich (zB gibt es unterschiedliche Genehmigungsgrenzen für Photovoltaikanlagen oder auch unterschiedliche Förderkriterien für Heizungsanlagen). Für die Anbieter bedeutet dies zusätzliche organisatorische und wirtschaftliche Hürden bei der Umsetzung von konkreten Projekten. Die Projekte und die Produkte/Dienstleistungen müssen auf die Gegebenheiten des jeweiligen Bundeslandes angepasst werden.

Appell an den Bund: Abgestimmte Rahmenbedingungen und ausreichend Fördermittel

„Die Landesenergiereferenten-Konferenz hat heute den Beschluss gefasst, die Bundesregierung zu ersuchen, dass sie abgestimmte Rahmenbedingungen für die effiziente Umsetzung von klimarelevanten Investitionen schafft. Weiters sollen die für die nachhaltigen Investitionen erforderlichen Fördermittel langfristig in ausreichendem Maße bereitgestellt werden“, erklärt Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner.

Rasche und konsequente Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien:

Einer der wichtigsten Bereiche zur Erreichung der Klimaziele ist die Versorgung mit Raumwärme inklusive Warmwasser in Gebäuden (sowohl Wohngebäude als auch Nicht-Wohngebäude). Hier konnten in den vergangenen Jahren bereits deutliche Emissionsreduktionen erzielt werden. Trotzdem sind weiterhin große Anstrengungen erforderlich, um die gesamte Wärmeversorgung binnen weniger

Jahrzehnte auf erneuerbare Energieträger umzustellen. Dies beinhaltet auch eine weitere Verringerung des Energieverbrauchs von Gebäuden.

Da Heizsysteme und erst recht Gebäude eine lange Lebensdauer haben, werden gerade die Weichenstellungen der nächsten Jahre entscheidend, ob das Ziel erreicht werden kann.

Gemeinsame Wärmestrategie von Bund und Ländern wird erarbeitet:

„Dieses Vorhaben ist jedenfalls nur in einer gemeinsamen Anstrengung zwischen Bund und Ländern umzusetzen. Dazu ist es erforderlich, einen zwischen Bund und Ländern abgestimmten Arbeitsprozess zu starten. Erfreulicherweise haben sich die Landesenergiereferenten-Konferenz und Energie- und Klimaschutz-Ministerin Gewessler darauf geeinigt, gemeinsam eine österreichische Wärmestrategie von Bund und Ländern zu erarbeiten, die die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung von Gebäuden zum Ziel hat“, gibt Oberösterreichs Wirtschafts- und Energie-Landesrat Achleitner bekannt.

Dekarbonisierung der Wärmeversorgung von Gebäuden bis 2040:

„Die Einigung umfasst eine gemeinsame Vorgabe einer Dekarbonisierung der Wärmeversorgung von Gebäuden, Wohngebäude und Nicht-Wohngebäude, bis zum Jahr 2040 durch Umstellung auf erneuerbare Energieträger und eine weitere Reduktion des Energieverbrauchs“, so Landesrat Achleitner weiters.

Eckpunkte der Wärmestrategie:

- Die Umstellung der Wärmeversorgung von Gebäuden auf erneuerbare Energieträger (wie zum Beispiel Biomassetechnologien, Fernwärme, direkte Solarnutzungen, Geothermie und Umgebungswärme) und eine entsprechende Reduktion des Energieverbrauchs bis 2040 orientiert sich an einem linearen Zielpfad. Die Fortschritte sollen regelmäßig evaluiert werden, bei signifikanten Abweichungen bzw. drohender Zielverfehlungen sollen wirksame Maßnahmen zur Korrektur gesetzt werden.

- Eng abgestimmte Förderstrategien von Bund und Bundesländern sollen für eine breite Umstellung auf erneuerbare Energieträger sorgen und insbesondere die Sozialverträglichkeit der Maßnahmen sicherstellen.
- Der Ausbau von Fernwärmesystemen in urbanen Gebieten sowie die Dekarbonisierung der Fernwärme mittels Abwärmenutzung, Wärmepumpen, Geothermie, Biomasse und Nutzung von grünem Gas insbesondere in KWK-Anlagen sollen vorangetrieben werden.
- Kühlsysteme mit geringem Energiebedarf (Fernkälte, Nutzung der Abwärme) sollen etabliert werden.
- Strom und Gas sollen für Raumwärme und Warmwasser effizient eingesetzt werden.
- Auf Bundesebene sollen rechtliche Maßnahmen gesetzt werden, wie zB eine Regelung zum Ausstieg aus Ölheizungen, Regelungen zur Reduktion und Einsatz von Gasheizsystemen, Erleichterungen für thermische Sanierungen und Nutzung erneuerbarer Energieträger im Wohnbereich.
- Erforderliche Bund-Länder-Prozessen wie z.B. eine Überarbeitung der 15a-Vereinbarung betreffend Wohnbauförderung sollen gemeinsam initiiert werden.
- Gegebenenfalls soll es auch steuerliche Maßnahmen zur Attraktivierung von thermisch/energetischen Sanierungen und der Nutzung erneuerbarer Energieträger geben.
- Weiters soll es Begleitprogramme wie z.B. Beratungen, Information, Bewusstseinsbildung geben.
- Eine Grüngasstrategie unter Berücksichtigung des volkswirtschaftlich sinnvollen Einsatzes des Energieträgers in der Raumwärme, zur Warmwasserbereitung und zur Nutzung in KWK-Anlagen unter Berücksichtigung und Nutzung der bestehenden Gas-Infrastruktur soll erarbeitet werden. Dabei soll es auch eine Aufteilung des Potentials an erneuerbarem Gas auf die Sektoren Gebäude, Mobilität und Industrie (Prozesswärme) geben.

Wasserstoff als wichtiger Faktor zur Erreichung der Klima- und Energieziele in Österreich:

Wasserstoff stellt als Sekundärenergieträger eine sehr bedeutende Grundlage eines zukünftigen Energiesystems ohne fossile Brennstoffe dar. Wasserstoff soll in der zukünftigen Anwendung das elektrische Energiesystem auf Basis erneuerbarer Energieträger nicht ersetzen, sondern systemnotwendig und vor allem systemdienlich ergänzen.

„Um die Nutzung von Wasserstoff in Österreich massiv zu beschleunigen, haben die Energie-Landesrätinnen und –Landesräte im Rahmen der heutigen Tagung auf Initiative Oberösterreichs ein gemeinsames ‚Wasserstoffmanifest‘ beschlossen. Darin haben die Länder eine Reihe von Eckpunkten fixiert, die in eine künftige ‚Wasserstoffstrategie‘ des Bundes einfließen sollen“, erklärt Landesrat Achleitner.

Eckpunkte des „Wasserstoffmanifests“:

- Eines der wichtigen Ziele der Energie- und Klimapolitik ist es ja, bis 2030 die Stromversorgung bilanziell zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern bereitzustellen, was große Anstrengungen im Ausbau von Ökostromanlagen erfordern wird. Dies würde die Fluktuation im elektrischen Versorgungssystem erhöhen. Wasserstoff kann da eine stabilisierende Rolle einnehmen und vor allem aus Überschussstrom produziert werden.
- Diese Zielsetzung erfordert jedoch eine Umstellung in vielen Wirtschaftsbereichen. Wesentliche Aspekte einer derartigen zukünftigen Wasserstoffwirtschaft sind: Der Schwerpunkt einer künftigen Strategie muss es sein, den Wasserstoff vorrangig dort einzusetzen, wo dies technologisch besonders zweckmäßig ist. Der Einsatz muss daher auf Basis einer klaren Prioritätenreihung erfolgen.
- Erneuerbarer Wasserstoff kann zukünftig die Möglichkeit bieten, in signifikant bedeutenden Mengen eine saisonale Speicherung von elektrischer Energie zu

realisieren und damit erneuerbare Erzeugungsmengen von den Sommer- in die Wintermonate zu verlagern.

- Die Nutzung von Wasserstoff ermöglicht für bestimmte industrielle Prozesse (bspw. die Stahlproduktion oder in der Zementindustrie) überhaupt erst die Realisierung einer CO₂-armen Produktion.
- Da derzeit Wasserstoff überwiegend aus fossilen Quellen bzw. aus Strom aus nicht erneuerbaren Quellen (z.B. Atomstrom) stammt, wird ausschließlich Wasserstoff aus erneuerbaren Energiequellen als Beitrag zur Energiewende gesehen. Eine der ersten Anwendungen soll daher vorrangig sein, bestehende Wasserstoffproduktion auf Basis fossiler Energieträger durch Wasserstoff aus erneuerbarer Energie zu ersetzen.
- Wasserstoff, Biomethan und synthetisches Methan ermöglichen in Segmenten die weitere Nutzung der vorhandenen Gasinfrastruktur in einem dekarbonisierten Energiesystem.
- Zur Erreichung dieser Ziele soll die Bundesregierung rasch eine entsprechende „Wasserstoffstrategie“ vorlegen – und davor bei der Erstellung und Finalisierung die Bundesländer umfassend einbinden.
- Die Bundesregierung plant die Umsetzung eines Wasserstoffzentrums als Cluster für Forschung, Innovation und Technologie. Dieses Zentrum soll rasch installiert werden, um Umsetzung der „Wasserstoffstrategie“ des Bundes fachlich zu begleiten. Bei der Einrichtung dieses Wasserstoffzentrums sollen ebenfalls die Bundesländer eingebunden werden.

Weitere zentrale Beschlüsse der Landesenergiereferenten-Konferenz im Überblick:

- Aufnahme der Biomasse-Förderung in das Erneuerbaren-Ausbaugesetz
- Mehrjährige Förderprogramme des Bundes für den Umstieg auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Elektromobilität
- Rahmenbedingungen für den stufenweisen Ausstieg aus fossilem Gas

- Förderung des Nah- und Fernwärmebereichs
- Anpassungen des Nationalen Energie- und Klimaplanes sowie der Langfriststrategie Österreichs zur Klimaneutralität
- Sicherstellung der Fördermittel für die Länder für neue Technologien zur Ökostromerzeugung und Energieeffizienzprogramme
- Umsetzung der Energiebinnenmarkt-Richtlinie
- Bewilligungsfreistellung für elektrische Leitungsanlagen bis 45 kV
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung einer gemeinsamen Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut in Österreich
- Regelungen für den Netzanschluss und die Netzanschlusskosten von Ökostromanlagen

Energie- und Klimaschutz-Ministerin Leonore GEWESSLER:**Aus der Krise rausinvestieren in den Klimaschutz**

Die Klimakrise hat während Corona keine Pause gemacht. Aber wenn wir die Klimakrise jetzt nicht stoppen, wird Krise zum Dauerzustand. Ich kämpfe daher in der Bundesregierung dafür, dass wir diese Zäsur durch Corona für unsere Wirtschaft und für unsere Gesellschaft nutzen. Denn klar ist, wir entscheiden mit unseren Investitionen heute, wie unsere Wirtschaft, wie unsere Welt in Zukunft aussieht. Auf dem Weg zu Energiewende 2030 und Klimaneutralität 2040, wie wir sie im Regierungsübereinkommen festgehalten haben, braucht es noch viele Meilensteine – und es braucht uns alle mit an Bord – den Bund, die Länder, Städte und Gemeinden, Wirtschaft und alle Bürgerinnen und Bürger.

Mein Motto: Aus der Krise rausinvestieren in den Klimaschutz. Dazu haben wir eine jährliche Klima-Milliarde im Konjunkturpaket festgesetzt. So viel Geld wie noch nie.

Wasserstoff-Strategie:

Um Wasserstoff-Projekte wie hier in der Voestalpine bis zur Marktreife voranzubringen und das Versprechen zur „Wasserstoffnation Nr. 1“ einzuhalten, braucht es klare Rahmen und tatkräftige Unterstützung der Politik. Das heißt: Im Rahmen einer Wasserstoff-Strategie des Bundes fokussieren wir auf jene Bereiche, wo Wasserstoff als Energieträger alternativlos ist, bauen Kapazitäten für Grünen Wasserstoff auf und nutzen internationale Forschung und Kooperation. Mit dem Wasserstoff-Manifest der Bundesländer, das heute unterzeichnet wurde, im Rücken werden wir die Wasserstoffstrategie in meinem Ministerium bis Jahresende fertigstellen. Darüber hinaus verhandeln wir im Budget die nötigen finanziellen Mittel. Mit diesem gemeinsamen Weg unterstützen wir Unternehmen auf dem Weg zu globalen Technologieführern und sichern gleichzeitig den

Industriestandort Österreich durch Innovation für eine klimafreundliche Zukunft ab.

Zwei Voraussetzungen der Wasserstoffstrategie, für die wir auch in Europa einstehen:

1. Grüner Wasserstoff, also produziert aus Erneuerbaren Quellen und nicht aus fossiler Energie oder Atomkraft. Die Voraussetzungen sind mit dem Erneuerbaren Ausbau Gesetz auf dem Weg zu 100% Ökostrom bis 2030 gesetzt.
2. Fokussierter Einsatz dort, wo es keine Alternative gibt – denn die Herstellung von Wasserstoff ist kostenintensiv und energieintensiv.

Wärme-Strategie:

Das Thema Wärmeversorgung betrifft uns alle, gerade jetzt zu Beginn der Heizsaison. Erstmals haben wir heute eine Bund-Länder-Kooperation zur Erstellung einer Wärmestrategie unterzeichnet. Gemeinsames Ziel ist es, einen der größten Klimasünder Österreichs, die Wärmeversorgung, CO₂-frei zu machen. Das heißt: Raus aus Öl, Kohle und Gas, rein in erneuerbare Quellen im gesamten Wärmemarkt und runter mit dem Wärmeenergiebedarf.

Hier müssen wir jetzt die Weichen stellen. Mit der jährlichen Klima-Milliarde haben wir in meinem Ministerium erstmals Mittel gesichert für die Umstellung auf erneuerbare Wärme – auch für einkommensschwache Haushalte, denn die Energiewende muss für alle leistbar sein.

Staatssekretär Dr. Magnus BRUNNER:

Erfolgreiche Energiewende braucht Innovation

Das Erneuerbaren Ausbau-Gesetz legt den Grundstein für eine nachhaltige und saubere Energiezukunft. *„Das Ziel ist: Österreich bis 2030 zu 100% mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu versorgen. Das Fördersystem wird auf neue Beine gestellt und wird marktnäher und effizienter. Um erfolgreich zu sein, brauchen wir die Unterstützung der Menschen, der Wirtschaft und Zivilgesellschaft, sowie die Länder und Gemeinden. Die Länder sollen die Regelungen nicht nur mitgestalten, sondern spielen auch eine wichtige Rolle bei der Umsetzung“*, so Staatssekretär Magnus Brunner. *„Erstmalig ist es auch möglich Energiegemeinschaften zu schließen. Sie sind das Herzstück des Pakets. Alle Menschen in Österreich haben die Möglichkeit, sich aktiv am Klimaschutz zu beteiligen“*, so Brunner.

Wasserstoff ist der zentrale Baustein für eine nachhaltige Energiezukunft

„Um unser Energiesystem nachhaltig zu ändern, braucht es Innovation! Ein zentraler Baustein für einen zukunftsfähigen Standort ist grüner Wasserstoff. Wirtschaft und Wissenschaft haben das Potenzial bereits erkannt, die heutige Wasserstoff-Initiative ist ein wichtiges gemeinsames Zeichen zur gemeinsamen Forcierung dieser Zukunftstechnologie“, hält Brunner fest und meint weiter: *„Die vielseitige Anwendbarkeit macht die Technologie zum echten Allrounder. Ob im Energiesektor als Langfristspeicher, in der heimischen Industrie oder im Verkehrsbereich – die Einsatzmöglichkeiten sind vielseitig und die und Forschungsgebiete zahlreich.“*

„Erneuerbare Energien, Wasserstoff und eine wettbewerbsfähige Industrie gehören für mich zusammen, denn ohne Innovation sind die Klima- und Energieziele nicht erreichbar“, so Staatssekretär Brunner.